

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

341 (14.12.1901) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 10. öffentliche Sitzung

Beilage zur „Karlsruher Zeitung“.

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

10. öffentliche Sitzung

am Donnerstag den 12. Dezember 1901.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Buchenberger und Ministerialrath Dr. Nicolai.

Präsident Gönnner eröffnet die Sitzung um 9¹/₂ Uhr. Eingegangen sind unter anderem: zwei Petitionen, die der Petitions- bezw. Budgetkommission zugewiesen werden; ferner

ein Schreiben des Finanzministers unter Anschluß eines Gesetzentwurfs, betreffend die Steuererhebung in den Monaten Januar bis April 1902; derselbe wird an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. Giebler berichtet namens der Budgetkommission über die Nachweisung der in den Jahren 1899 und 1900 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. Unter anderem führt er aus: Es sei ein großer Unterschied zwischen dem Finanzgebahren des badischen Staates und dem anderer Staaten. Die außerordentlichen Ausgaben werden nicht aus den vorhandenen, sondern aus den zu erwartenden Ueberschüssen gedeckt. Man könne sich — ohne daß man sich den im Finanzexpé des Finanzministers ausgesprochenen Befürchtungen verschließen — der Hoffnung hingeben, daß diese Ueberschüsse so bedeutend sein werden, daß die Finanzlage sich nicht wesentlich verschlechtern werde. Der Stand der Amortisationskasse (30 Millionen Mark) sei ein guter, weil sie das Bankinstitut der allgemeinen Staatskasse sei, die ihrerseits in den letzten Jahren bedeutende Ueberschüsse erzielt habe. Ob diese Ueberschüsse abmassirt oder zu laufenden Ausgaben verwendet werden sollen, hänge von dem allgemeinen Stand der Finanzverhältnisse des Staates ab. In den letzten Jahren sei ein Abmassiren möglich gewesen. Es sei zu hoffen, daß der günstige Stand vorhalten werde. Einen die Summe von 10 Millionen Mark übersteigenden Eingriff in die Bestände der Amortisationskasse halte er für unthunlich. Eine volkswirtschaftlich hervorragend nützliche Verwendung habe ein Theil des Amortisationskassenbestands gefunden im Kredit für die Landwirtschaft. Derselbe sei in der verfloßenen Periode voll verwendet worden. Das sei ein Zeichen dafür, daß die Eröffnung dieses Kredites eine vorzügliche That des Finanzministers gewesen sei, und es sei zu wünschen, daß in Zukunft dieser Kredit im Interesse der Landwirtschaft nicht gekürzt, sondern eher noch erweitert werde. Bezüglich des Domänengrundstocks von 9 330 000 M. verweise er auf den genauen Bericht des Beilagenheftes. Finanz- und sozialpolitisch gleich vorzüglich sei der Ankauf von Höfen einerseits und die Geländeabstoßungen in der Nähe großer Städte andererseits. Die Abrechnung der Eisenbahnschuldentilgungskasse weise eine bedeutende Vermehrung der Schulden auf. Diese sei aber keineswegs überraschend bei der Genehmigung so umfangreicher Bauten. Im Jahre 1899 seien die Bauten allein die Ursache des Rückgangs gewesen, im Jahre 1900 komme die verminderte Einnahme hinzu sowie die — auch abgesehen von den Bauten — erhöhten Ausgaben. Auffallend und zu gewichtigen Bedenken Anlaß gebend erscheine das plötzliche Steigen der Betriebskoeffizienten. Offenbar sei

dies veranlaßt durch die große Ueberschreitung des Voranschlags bei der Position „Bauliche Verbesserungen“. Während 11 Millionen vorgesehen gewesen seien, betrage der thatsächliche Aufwand 14 Millionen. Es wäre sehr wünschenswerth, einen Vergleich mit den Aufwendungen anderer Bahnen für bauliche Verbesserungen zu haben, um den Betriebskoeffizienten stetiger gestalten zu können. Eine Ueberschreitung der für bauliche Verbesserungen bewilligten Ausgaben um 3 Millionen, wie sie vorliege, erscheine als bedenklich. Infolgedessen habe natürlich auch die Eisenbahnrente zurückgehen müssen. In seiner Schlußbetrachtung betont der Berichterstatter: es liegen Zeichen dafür vor, daß unser Nationalvermögen sich stark genug zeigen werde, den wirtschaftlichen Schlägen Stand zu halten, so sei ihm (Redner) z. B. mitgetheilt worden, daß neue Güterzüge eingeschaltet werden müssen. Dies sei doch ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Entwicklung der Industrie sich aufwärts bewege, und darüber hinaus, daß der wirtschaftliche Niedergang überhaupt nunmehr sein Ende finde. Namens der Budgetkommission stelle er den Antrag

zu erklären: die Zweite Kammer habe von der Nachweisung der in den Jahren 1899 und 1900 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung Kenntniß genommen und zu einer Beanstandung keinen Anlaß gefunden habe.

Abg. Dr. Wilckens glaubt, daß im Hohen Hause Uebereinstimmung darüber herrsche, daß der Inhalt des Beilagenhefts zu pessimistischer Auffassung keine Veranlassung biete. Die Rechnungsergebnisse haben sich in den Jahren 1899 und 1900 günstiger gestaltet als der Voranschlag angenommen habe. Die budgetmäßigen Fehlbeträge haben sich, wie schon seit Jahren, in bedeutende Ueberschüsse verwandelt. Das zeige sich am günstigen Stand der Amortisationskasse (30 Millionen Mark). Es könne auf mehr als 10 Millionen gegriffen werden, da Grundstücksbestände zum Zweck der Bestreitung der Grundstockausgaben vorhanden seien. Es sei sehr erfreulich, daß ein Theil der vorhandenen Staatsgelder dazu verwendet worden sei, der Landwirtschaft aufzuhelfen. — Das Kapitalvermögen des Domänengrundstocks habe trotz der großen Aufwendungen eine eigentliche Schwächung nicht erfahren. Dies hänge mit den sehr vortheilhaften Geländeabstoßungen in der Nähe großer Städte zusammen. Etwas Bedenken gegen die Erwerbung von Grundstücken auf dem Schwarzwald zur Arrondirung des Staatsguts halte er für unbegründet. Die fraglichen Erwerbungen seien nicht sehr umfangreich, das vernünftige Maß werde nicht überschritten. Es werde damit aber auch ein sozialpolitischer Zweck verfolgt und erreicht, und eine solche Domänenpolitik sei nur zu begrüßen. Was die Geländeerwerbung beim Bahnhof in Heidelberg anlange, sei es fraglich, ob die Preise, die im einzelnen Fall bezahlt worden seien, angemessen seien. In Heidelberg sei man darüber getheilte Ansicht. Man könne sich mit solchem Vorgehen der Regierung einverstanden erklären, wenn es gelinge, angemessene Preise zu erzielen; andernfalls aber erscheine die Expropriation vortheilhafter. Die Eisenbahn-

Schuldenvermehrung in den Jahren 1899/1900 biete zu Bedenken keinen Anlaß. Er könne die darauf bezüglichen Ausführungen des Herrn Berichterstatters nur unterschreiben. Bedenklich sei das Anwachsen des Betriebskoeffizienten, der gegenwärtig mehr als 77 Proz. betrage. Er sei seit der letzten Budgetperiode um etwa 12 Proz. in die Höhe geschwenkt. Dies hänge, da die Einnahmen wesentlich gleich geblieben seien, offenbar mit erhöhten Ausgaben zusammen. Es sei nunmehr Pflicht der Budgetkommission nachzuprüfen, welches die eigentliche Ursache dieses Anwachsens sei, ob am Ende nicht eigentliche Grundstockausgaben mit Betriebsmitteln bestritten worden seien. Der Zuschuß aus der allgemeinen Staatskasse verhin-dere ein zu großes Anwachsen der Eisenbahnschuld. Es sei zu empfehlen, denselben beizubehalten. Wie hoch er sich belaufen solle, das sei allerdings eine andere Frage, die jedoch vorerst in die Budgetkommission gehöre. — Eine allgemeine Finanzdebatte an die Verathung des ersten Beilageheftes anzuschließen, sei nicht üblich, doch glaube er, beifügen zu dürfen, daß zu einer allzugroßen Graumalerei kein Anlaß vorhanden sei. Die wirtschaftliche Depression sei auf ihrem Tiefpunkt angelangt, die Anzeichen einer Besserung mehrten sich.

Abg. Hug ist der Ansicht, das erste Beilageheft biete ein sehr erfreuliches Bild. Er glaube, in zwei Umständen die Ursache unserer günstigen allgemeinen Finanzlage erkennen zu können: 1. in dem wirtschaftlichen Aufschwung der 90er Jahre, 2. in der Art unserer Finanzverwaltung. Unsere Beziehungen zum Reich seien gefördert worden durch den Eintritt Badens in die Brauntweinsteuergemeinschaft. Der Reinertrag derselben betrage über 100 Millionen Mark. Im Jahre 1891 sei auf Baden eine Reinertragüberweisung (über den Matritularbeitrag hinaus) von 3 Millionen gefallen. Damals sei die Versuchung an Baden herangetreten, den Etat zu stark zu belasten. Die Finanzverwaltung sei dieser Gefahr jedoch nicht unterlegen, sie habe Abzugsstände für das überfließende Geld geschaffen. Eine damals beschlossene Steuerermäßigung habe sich auf die Ertrags-, Kapitalrenten- und Einkommensteuer bezogen. Diese günstigen Verhältnisse haben sich hauptsächlich durch die Militärvorlage von 1893 wesentlich geändert. Die Steuerermäßigung sei theilweise rückgängig gemacht worden, die Ertragssteuer jedoch sei geblieben, die Einkommensteuer habe man erhöht und progressiv gestaltet. Im Jahre 1894 sei eine andere wichtige Einnahmequelle reformirt worden: die Biersteuer. Diese letzte Reform habe einen äußerst wohlthätigen Einfluß in finanzieller und sozialer Beziehung ausgeübt. Aber nicht nur sie, sondern vielmehr alle diese Maßregeln haben günstig gewirkt auf unseren Staatshaushalt. Dazu sei das Budget Jahr für Jahr vorsichtig aufgestellt worden. Die günstigen Verhältnisse seien lediglich der sehr guten Finanzverwaltung zu verdanken. Wenn die Ueberschüsse heute auch kleiner seien als in früheren Jahren, so werde ein Rückgriff auf die Amortisationskasse doch nicht nöthig sein. — Von den Normativbestimmungen bezüglich des Domänengrundstocks sei durch Abstoßung von Landparzellen und dementsprechenden Uebergang von arabischen Parzellen in privaten Besitz ein äußerst günstiger Gebrauch gemacht worden.

Die Frage, wie weit man berechtigt sei, vom Grundstock Gebrauch zu machen, sei vom Abg. Giesler dahin beantwortet worden, daß man wohl 10 Millionen angreifen dürfe, der Abg. Dr. Wildens hingegen glaube, den ganzen Grundstock heranziehen zu dürfen. Er (Redner) glaube, man sei berechtigt, den ganzen Grundstock aufzubrechen. Er betrachte diese Frage aber vorerst als eine akademische, denn so tief sei die wirtschaftliche Depression noch lange nicht gediehen. Der ungünstige Stand der Schuldentilgungskasse leide unter zwei Umständen: 1. dem Rückgang des Reinertrags

und 2. der Vermehrung der Schuld selbst. 2. gleich der Schuld mit den Baukosten finde man jedoch, daß die Baukosten 544 Millionen betragen, während die Schuld selbst nur eine Höhe von 355 Millionen erreicht habe, also seien 200 Millionen der Baukosten gedeckt. Die Dotationslieferungen, (Reinertrag und Staatszuschüsse) haben demnach mehr als die Betriebskosten betragen, so daß 200 Millionen von den Baukosten daraus noch gedeckt werden konnten. Der Betriebskoeffizient (Verhältniß der Bruttoausgaben zu den Bruttoeinnahmen) habe sich allerdings sehr wesentlich, um 12 Proz., erhöht. Auch in andern Staaten sei er sehr hoch. Sein Steigen sei auch leicht erklärlich: er erhöhe sich proportional dem Steigen der Ausgaben bezw. dem Fallen der Einnahmen, er sinke proportional mit dem Fallen der Ausgaben bezw. dem Steigen der Einnahme. Er (Redner) sei ein Freund davon, laufende Baukosten auf den laufenden Etat zu nehmen. Die Finanzverwaltung habe in den letzten Jahren nicht alle Ueberschüsse aufgebraucht und somit sei die Hoffnung begründet, den Sparpfennig ungeschmälert zu erhalten und mit den Zinsen desselben auszukommen.

Finanzminister Dr. Buchenberger will keinen Rückblick geben wie der Abg. Hug, aber auch keine Ausschau halten wie der Abg. Dr. Wildens, denn um Finanzprognosen sei es noch schlimmer bestellt als um Wetterprognosen. Nur einige Bemerkungen wolle er bei diesem Anlaß zur heutigen Debatte machen.

Das Urtheil über die Lage des Staatshaushalts, wie sie sich im Hinblick auf das Beilageheft I ergebe, sei ein günstiges gewesen. Das sei aber auch ganz natürlich, denn die Rechnungsjahre 1899 und 1900 zählen mit zu den besten, die der badische Staat je erlebt habe. Aber schon im Jahre 1901 werden wir aber abwärts gleiten, und wie weit die Abwärtsbewegung in den folgenden Jahren sich fortsetzen werde, wisse man nicht; nicht unwesentlich hänge es von der Entwicklung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse ab. — Er betone wiederholt, wie er bereits im Finanzexposé gesagt, daß für jetzt die Finanzlage gespannt sei, und diese Spannung werde auch nicht dadurch gehoben, daß sich die Reichsetatsverhältnisse besser gestaltet haben, als bei Aufstellung des Budgets angenommen worden sei. Denn unsere jetzige Haushaltslage ist gar nicht in erster Reihe auf die Verschlechterung der finanziellen Beziehungen zum Reich, sondern auf unsere eigene Finanzgebarung selbst zurückzuführen; auf das im Vergleich zu den Einnahmen ganz unverhältnißmäßig rasche Anwachsen der Ausgaben in den letzten Jahren und nicht zum wenigsten auf die hochgeschraubten außerordentlichen Etats. Ein völliges Einziehen der Betriebsüberschüsse schon im laufenden Jahre ist natürlich nicht anzunehmen. Wenn damit gerechnet werden müßte, so würde die Vorlage eines außerordentlichen Etats von netto 12 Millionen Mark eine Unverantwortlichkeit der Finanzverwaltung gewesen sein.

Es sei auf die Bestände der Amortisationskasse hingewiesen worden. Man habe im Etatgesetz eine Entnahme aus diesen Beständen vorgesehen. Das sei ja der Zweck der Amortisationskasse, als eines staatlichen Rezerfonds. Wie weit dieser Eingriff aber zu gehen habe, entziehe sich für den Augenblick noch der Beurtheilung. Rechtlich stehe einem selbst tiefen Eingriff nichts im Wege. Allein eine erheblichere Einziehung der Vermögensbestände sei nicht rathsam, denn erstlich könne man sich kritischere Zeiten denken als die gegenwärtigen, für welche ein Nothpfennig erhalten bleiben müsse, und zweitens würde die Erfüllung der so nützlichen volkswirtschaftlichen Aufgaben der Amortisationskasse darunter Noth leiden.

In einer gespannten Finanzlage sei es das einzig Richtige, daß man sich nach der Decke strecke und die Aus-

gaben nach den Einnahmen richte. Das muß für das nächste Budget im Auge behalten werden.

Redner gibt des Weiteren seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Domänenpolitik keine Anfechtung, vielmehr Zustimmung erfahren habe. Es gehöre mit zu den beklagenswertheften Erscheinungen der Gegenwart, daß in den unwirthlicheren Gegenden unseres Landes, insbesondere auf dem hohen Schwarzwald, Jahr um Jahr eine Anzahl schöner Höfe verschwinden, beziehungsweise von ihren Besitzern abgestoßen werden. Die daraus entstehenden Schäden abzuschwächen, sei der Zweck des Vorgehens des Herrars, dessen Interventionspolitik der Redner mit einigen Beispielen belegt. Der Staat übernehme häufig nur die Rolle des ehrlichen Maklers, indem er einen Theil der angekauften Höfe alsbald wieder in Verkehr bringe. In der Mehrzahl der Fälle setze man dritte Leute, namentlich Holzakfordanten, Waldbarbeiter als Pächter auf die Höfe, so daß die Höfe nicht als solche aus dem Verkehr verschwinden. In vielen Fällen sei es auch gelungen, insofern günstig zu wirken, als die Besitzer selbst wirtschaftlich, leistungsfähiger gemacht und dadurch in die Lage gebracht worden seien, nach der eingetretenen Schuldentlastung die Höfe später wieder zurückzukaufen, wobei Redner den Verlauf der Aktion in der Gemeinde Faulenfürst darlegt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eisenbahnschuldensystems kann der Finanzminister nicht ohne Sorge in die Zukunft blicken, wenn auch zu besonders pessimistischen Betrachtungen für den Augenblick kein Anlaß vorhanden sei. Aber in dem nächsten Jahrzehnt sei ein überaus starkes Anschwellen der Eisenbahnschuld zu erwarten, schon

in einigen wenigen Budgetperioden kann dieselbe die Höhe von 500 Millionen erreicht haben. Der Zinsaufwand werde also steigen, ebenso die Amortisationsquote, ob auch ein Steigen der Reineinnahme in demselben Verhältnis, sei fraglich. Was zur Vervollständigung unseres Bahnnetzes und seiner Ausrüstung nothwendig sei, müsse selbstverständlich geschehen.

Als anormal dürfe jedenfalls der Zustand angesehen werden, wenn in unserer allgemeinen Staatsverwaltung ein Zuschuß von 2 1/2 Millionen an die Eisenbahnschuldentilgungskasse vorzusehen und muthmaßlich noch lange aufrecht zu erhalten ist. Dies steht kaum im Einklang mit der Einrichtung unseres Eisenbahnwesens als ausgeschiedenen Verwaltungszweiges; die Folge dieser Inkongruenz ist eine intime Verquickung des allgemeinen Staatshaushalts mit dem Eisenbahnwesen. Schließlich ist dieser Zuschuß nichts anderes als eine Verkehrssteuer, die wohl nicht überall im Land gleichmäßig gern getragen wird.

So optimistisch, wie geschehen, kann Redner darum die Lage des Eisenbahnwesens nicht betrachten, und auch die Volksvertretung müsse sich des vollen Ernstes der Lage bewußt werden.

Die Abgg. Gießler und Dr. Wilckens haben am Schlusse ihrer Ausführungen der Hoffnung Ausdruck verliehen, die wirtschaftliche Krise gehe ihrem Ende entgegen. Er könne die Hoffnung, daß dies in kürzester Zeit geschehen werde, zwar nicht theilen, wünsche aber, daß dieses ersehnte Ende nicht zu lange auf sich warten lasse.

Der Antrag der Budgetkommission wird hierauf einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung halb 12 Uhr.

